

GRÜNAKTUELL



FOTO: FOTOLIA / KICHIGINT9

WOHNUNGSPOLITIK

- Soziale Erhaltungsverordnung

FLÜCHTLINGSPOLITIK

- Hagendeel / Sophienterrasse

STADTTEIL-ENTWICKLUNG

- Stellingen

INHALT

Flüchtlingsunterbringung in Eimsbüttel:
Hagendeel und Sophienterrasse 3

Soziale Wohnungspolitik 6

Neue Mitte Stellingen: Die Zukunft
Stellingens gestalten 8

A7-Ausbau und Überdeckungung – eine
Herausforderung für Stellingen 9

Rückschau auf den Monat des Gedenkens:
GRÜNER Schwerpunkt – Zur Geschichte
der Sinti und Roma 11

Osterstraße – Shared Space ist
nicht gescheitert! 12

Aktuelle GRÜNE Anträge 13

IMPRESSUM

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion Eimsbüttel

Methfesselstraße 38
20257 Hamburg

T 040.401 42 45
E presse@gruene-eimsbuettel.de

www.gruene-eimsbuettel.de

GRÜN AKTUELL ist ein Informationsblatt der Grünen
Fraktion Eimsbüttel. Es erscheint zweimonatlich zur
Sitzung der Bezirksversammlung.

Grafik und Layout: Christoph Jöns (www.grafik-joens.de)

V.i.S.d.P.: Volker Bulla

EDITORIAL

Immer mehr Menschen fliehen aus ihrer von Bürgerkriegen und Gewalt bedrohten Heimat. Auch die Stadt Hamburg hat die Aufgabe, für eine menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge Sorge zu tragen. In Eimsbüttel stehen wir vor der Herausforderung, neue Standorte in unserem dicht besiedelten Bezirk zu finden. In der Diskussion sind Hagendeel und Sophienterrasse.

In der Wohnungspolitik stärken die GRÜNEN die jetzigen AnwohnerInnen: Soziale Erhaltungsverordnungen sind auf den Weg gebracht.

Der Stadtteil Stellingen verändert sich. Der A7-Deckelbau führt zu großen Belastungen für die StellerInnen, die wir GRÜNEN politisch begleiten und im Dialog mit den BürgerInnen verträglich gestalten wollen. Das Projekt „Neue Mitte Stellingen“ birgt auf der anderen Seite große Chancen für ein lebenswertes Stadtteilzentrum.

Wie wird die Zukunft der Osterstraße aussehen? Mit engagierter BürgerInnenbeteiligung wurden Pläne für den Umbau auf den Weg gebracht. Eine Einschätzung zur Qualität der Maßnahmen aus Sicht der FußgängerInnen und RadfahrerInnen.

Eine anregende Lektüre wünschen Ihnen

Lisa Kern und
Volker Bulla



FLÜCHTLINGSUNTERBRINGUNG IN EIMSBÜTTEL:

Hagendeel und Sophienterasse

Der Flüchtlingsstrom in Richtung Europa und nach Hamburg nimmt angesichts der vielen Krisen in der Welt nicht ab. 2014 haben knapp 203.000 Personen in Deutschland Asyl beantragt. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Zuwanderung um insgesamt 59,7 Prozent zu. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geht in seiner aktuellen Prognose für 2015 davon aus, dass mindestens 300.000 Personen in Deutschland Asyl beantragen werden.*

Nach dem „Königsteiner Schlüssel“ nimmt Hamburg rund 2,5 Prozent der jährlichen Gesamtzahl der nach Deutschland einreisenden AsylbewerberInnen auf. 2014 hat Hamburg mehr als 6.600 Flüchtlinge aufgenommen. Etwa 6.000 Flüchtlinge wurden in öffentlichen Unterkünften untergebracht. Die Hamburger AsylbewerberInnen stammen zum überwiegenden Teil aus Syrien, gefolgt von Afghanistan und Serbien.*

Eimsbüttel verfügt bisher über etwa 1.440 Plätze in der öffentlichen Unterbringung. Damit sind wir im Vergleich der Bezirk mit der geringsten Anzahl an Plätzen. Allerdings ist Eimsbüttel auch der Bezirk mit den meisten EinwohnerInnen pro Quadratmeter und dem geringsten Potenzial an freien Flächen. Auch sind im Bezirk Eimsbüttel die wenigsten Flächen, die im Immobilienbesitz der Stadt Hamburg sind.*

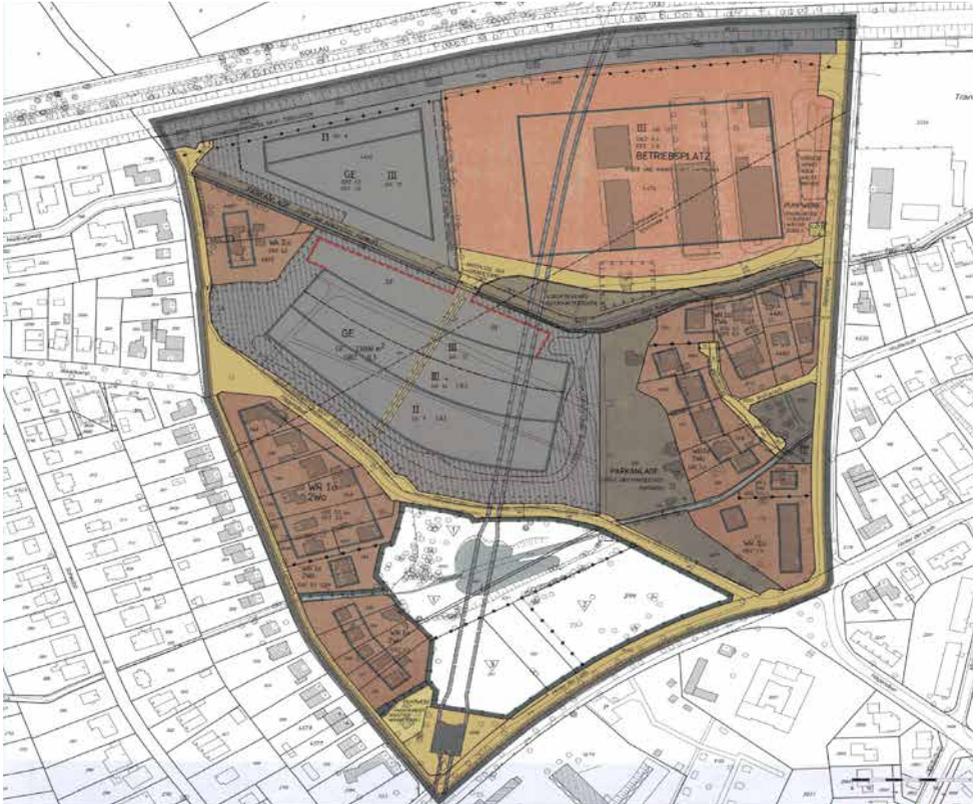
Hagendeel

Das Potenzial im Bezirk scheint damit ausgeschöpft zu sein. Dem Bezirk Eimsbüttel gelang es dabei überdurchschnittlich viele private Flächen zu nutzen und auch Zwischennutzungen zu ermöglichen. Auch konnten leerstehende Wohnungen genutzt werden. Nach ergebnisloser Prüfung von weiteren rund 200 Flächen durch die Verwaltung in Eimsbüttel haben auch wir uns im letzten Jahr für die Errichtung einer öffentlichen Unterbringung auf einem Teil der Fläche am Hagendeel ausgesprochen.

Wir wollen im Bezirk unseren Teil zur Unterbringung von Flüchtlingen leisten und weiter aktiv an der Behebung des Defizits an Plätzen in der öffentlichen Unterbringung arbeiten.

Unter dieser Prämisse haben wir der Errichtung einer Unterkunft in Containerbauweise mit 288 Plätzen für die öffentliche Unterbringung am Standort Hagendeel für die Teilfläche zugestimmt. Die stetig wachsende Zahl von Flüchtlingen führte dazu, dass die Sozialbehörde allen Bezirken angekündigt hat, dass sie das Erweiterungspotential an bestehenden Standorten geprüft hatte und dieses umsetzen will. Für den Standort Hagendeel wurde ein Bauantrag durch die Sozialbehörde für weitere 240 Plätze angekündigt.

Die Fläche am Hagendeel liegt im Stadtteil Lokstedt. Sie ist eingebettet in ein durch Bebauung mit Einfamilienhäusern geprägtes Gebiet. In der Nähe befindet sich die U-Bahn Haltestelle Hagendeel, ein kleines Nahversor-



Bebauungsplan Lokstedt 14 (Hagendeel)

FOTO: FREIE UND HANSESTADT HAMBURG, BEHÖRDE FÜR STADTENTWICKLUNG UND UMWELT

gungszentrum ist fußläufig zu erreichen. Ein Teil des Grundstückes liegt in der Einflugschneise des Flughafens, ein weiterer Bereich ist als Überschwemmungsgebiet ausgewiesen.

Der gültige Bebauungsplan für das Grundstück in Privatbesitz weist die Fläche als Gewerbegebiet aus. Soziale Einrichtungen sind laut B-Plan zulässig, die Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft ist rechtlich möglich. Zudem liegt eine gültige Genehmigung zur Aufschüttung vor.

Eine Aufschüttung ist durch die Lage im Überschwemmungsgebiet notwendig. Es wird eine Fläche auf dem Grundstück so er-

höht, dass sie im Überschwemmungsfall trocken bleibt. Ein anderer Teil des Grundstückes würde so ausgekoffert, dass die durch die Aufschüttung verdrängte Menge Wasser hier aufgenommen werden kann.

Hierbei gilt das Prinzip der Neutralität der Fläche. Eine Baumaßnahme darf die Situation der NachbarInnen insoweit nicht verschlechtern, als dass Wassermengen auf dem Gelände zu halten sind. Es besteht kein Anspruch der NachbarInnen, dass auf der Fläche Wassermengen von anderen Grundstücken im Sinne einer Retentionsfläche aufzunehmen sind.

AnwohnerInnen befürchten negative Auswirkungen auf ihren Grundstücken. Sie gehen davon aus, dass die Flächenneutralität nicht gegeben ist, weil die Baugenehmigung nach ihrer Auffassung auf Grundlage eines fehlerhaften Gutachtens über den Grundwasserstand in dem Gebiet erteilt wurde.

Die GRÜNE Bezirksfraktion sieht die geplante Erweiterung der Unterkunft am Hagendeel sehr kritisch. Die Einrichtung erreicht mit 528 Plätzen eine Größe, die nicht unserer Vorstellung von Aufenthalts- und Lebensqualität entspricht, und dem Integrationsgedanken entgegensteht. Wir stehen zu der Zusage, das Defizit an Plätzen innerhalb Eimsbüttels abzubauen um den täglich in Hamburg ankommenden Flüchtlingen möglichst zügig Unterkunft zu gewähren. Dabei setzen wir uns weiter für die Unterstützung der vielen Freiwilligen ein, ohne die besonders in den auf Grund des stetig wachsenden Flüchtlingsstroms immer größeren Unterkünften, ein würdiges Leben kaum möglich wäre.

Die Lage im Überschwemmungsgebiet belastet die Situation am Hagendeel zusätzlich. Einige wasserwirtschaftlichen Fragestellungen sind nach wie vor offen, die Bedenken der AnwohnerInnen erscheinen nicht unbegründet. Wir finden deshalb die Prüfung von Stelzenbauweise am Hagendeel sinnvoll. Es soll geprüft werden, ob es durch eine Reduzierung der aufzuschüttenden Fläche gelingt, mehr Wasser auf dem Grundstück zu halten. Die Aufenthalts- und Lebensqualität für die BewohnerInnen einer solchen Unterkunft wird selbstverständlich ebenfalls geprüft werden.

Sophienterrasse

Aus GRÜNER Sicht ist es sinnvoll und gerecht, wenn Flüchtlingsunterbringung an möglichst vielen Standorten dezentral erfolgt und alle Stadtteile hierzu beitragen. Daher unterstüt-

zen wir die Stadt bei ihrem Vorhaben, im ehemaligen Kreiswehrrersatzamt an der Sophienterrasse in Harvestehude eine Flüchtlingsunterkunft mit möglichst wohnungsähnlichem Charakter entstehen zu lassen. An diesem Standort können durch die Nutzung eines bereits existierenden Gebäudes Containerbauten vermieden werden. Die geplante Unterbringung soll über 220 Plätze verfügen.

Leider gibt es AnwohnerInnen, die die geplante öffentliche Unterbringung in ihrer Nachbarschaft nicht wollen. Da hier noch ein alter Baustufenplan und eine strengere Regelung aus dem Jahr 1938 zum Schutz des Wohncharakters bestehen, konnten sie einen Baustopp vor dem Verwaltungsgericht erwirken. Die Stadt hat Rechtsmittel eingelegt. Das Oberverwaltungsgericht hatte einen Vergleich angeregt. Die Größe der Einrichtung sollte auf 190 Plätze reduziert werden, so wäre die Einrichtung zulässig.

Da die klagenden GrundeigentümerInnen den Vergleichsvorschlag ablehnten, wird der Bezirk das gestartete Bebauungsverfahren fortführen. Es kann aus unserer Sicht nicht sein, dass Sonderregelungen aus dem Jahr 1938, die anderswo nicht gelten, einen Standort verhindern oder es in das Belieben der klagenden GrundeigentümerInnen stellen, wie groß der Standort wird. Die notwendigen Standorte sollten in allen Hamburger Stadtteilen entstehen, auch in Pöseldorf sollten Flüchtlinge Platz finden können. Dass es in Harvestehude auch BürgerInnen gibt, die sich zu einer Willkommenskultur bekennen, zeigt eine rege Initiative, die sich um die neuen NachbarInnen kümmern möchte.

(Lisa Kern, Fraktionsvorsitzende)

*Quelle: www.hamburg.de
Insbesondere: <http://www.hamburg.de/fluechtlinge-unterbringung-standorte>

Soziale Wohnungspolitik

Ein wichtiger Akzent in der Eimsbütteler Wohnungsbaupolitik und jetzt auch im Koalitionsvertrag auf Landesebene sind soziale Maßnahmen im Rahmen des Wohnungsbaus. Ein Vorhaben ist es, Menschen aus öffentlicher Unterbringung in Wohnraum zu vermitteln. Hier hatte auf GRÜNE Initiative die Bezirksversammlung die notwendige Steigerung von sogenannten WA-Bindungen im sozialen Wohnungsbau als Zielvorgabe erhöht. Im Landeskoalitionsvertrag sind weitere hierfür notwendige Maßnahmen, wie zum Beispiel verbindliche Steigerung dieses Wohnraums durch SAGA/GWG, vereinbart.

Mietpreisbremse in ganz Eimsbüttel umsetzen

Auf Bundesebene wurde eine Mietpreisbremse als gesetzliches Instrument für die Länder geschaffen. Hier gilt es insbesondere die Mietpreise im Bestand bei Neuvermietungen stabil zu halten und die deutlichen Mietpreiserhöhungen zu stoppen. Auf Landesebene hakt das Vorhaben. SPD und GRÜNE werden im Juni einen Antrag in der Bezirksversammlung stellen, damit im gesamten Bezirk die Mietpreisbremse gelten soll. Hintergrund sind starke Mietsteigerungen wie derzeit um 24 Prozent in Stellingen.

Das Gesetz sieht vor, dass in von den Bundesländern ausgewiesenen „angespannten Wohnungsmärkten“ die Miete bei Neuvermietungen maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen darf. Ausnahmen sind unter anderem für Wohnungen, die erstmals nach dem 1. Oktober 2014 vermietet worden sind, und für „umfassend“ modernisierte Wohnungen vorgesehen.



Saniertes Altbauensemble

FOTO: FLICKR/ RAUTER25

Zudem soll im Wohnungsvermittlungsrecht das sogenannte Bestellerprinzip eingeführt werden. Demnach soll derjenige, der einen Makler beauftragt, dazu verpflichtet werden, ihn auch zu bezahlen. Das Bestellerprinzip war eine Initiative der Hamburgischen GRÜNEN Bürgerschaftsfraktion.

Soziale Erhaltungsverordnungen für Eimsbüttel-Nord, Stellingen und Hoheluft-West

Auf der Sitzung des Stadtplanungsausschusses präsentierte das Bezirksamt erste Ergebnisse seiner Prüfung für mögliche Gebiete von sozialen Erhaltungsverordnungen und legte konkrete Gebietsvorschläge vor, die detailliert die Prüfung der möglichen Anwendungen zeigen. Es wurden solche Gebiete ausgeschlossen, die hauptsächlich aus Ein-/Zweifamilienhäusern, Gewerbe und Genossenschaftswohnungen bestehen. Auch gilt die Verordnung nicht für Neubauten und Nachverdichtungen. Bei den Gebieten in denen der Wandel bereits vollzogen ist, ist eine Verordnung nicht zulässig. Hintergrund der notwendigen Prüfungen ist die obergerichtliche Rechtsprechung, die den Eingriff in Eigentumsrechte nur unter Vorliegen von bestimmten Voraussetzungen zulässt.

Auf Grundlage dieser Vorarbeit kann die notwendige vertiefte Plausibilitätsprüfung zeitnah durchgeführt werden. Diese ist notwendig, um die sozialen Erhaltungsverordnungen rechtssicher umzusetzen. Hierfür wird die Bezirksversammlung aus Sondermitteln die notwendigen 15.000 € bereitstellen.

Die GRÜNE Fraktion hat diese Prüfungen angeschoben. Der Beschluss der Bezirksversammlung zu der Maßnahme beruht auf einer GRÜNEN Initiative. Auch hat die GRÜNE Fraktion hier immer wieder nachgehakt. Das Bezirksamt hat im Stadtplanungsausschuss dargelegt, dass es erhebliche Mietpreiserhöhungen in den betroffenen Gebieten gibt. Die Beantragung von sogenannten Abgeschlossenheitsbescheinigungen als Grundlage zur Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen hat ebenfalls deutlich zugenommen.

Es besteht eine zeitnahe Handlungsnotwendigkeit. Die GRÜNEN Eimsbüttel begrü-

ßen die Prüfungsergebnisse, die eine umfangreiche Ausweisung möglicher Gebiete für Soziale Erhaltungsverordnungen umfasst. Die spätere personelle Umsetzung der Verordnung ist nach Auskunft des Bezirksamtes durch den Bezirk sichergestellt.

Das politische Instrument „Soziale Erhaltungsverordnung“ kann MieterInnen in einem ausgewiesenen Gebiet vor Verdrängung schützen, wenn Mietpreiserhöhungen und Verkäufe durch Luxusmodernisierungen und Umwandlungen von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen drohen. Notwendige Sanierungen und Modernisierungen zur Substanzerhaltung werden aber weiterhin zulässig sein. In Einzelfällen könnte die Stadt Hamburg auch die Ausübung eines Vorkaufsrechtes prüfen.

Sozialbindungen schaffen und verlängern

Im Bezirk Eimsbüttel laufen zahlreiche Sozialbindungen in den nächsten Jahren aus. Bis 2017 muss vom Auslaufen von ca. 40,6 Prozent der Sozialbindungen im Wohnungsbestand ausgegangen werden. Neben der Schaffung von neuem Wohnraum, der mit Sozialbindung versehen ist, ist im Eimsbütteler Wohnungsbauprogramm die Forderung nach der Verlängerung von Sozialbindungen formuliert. Die Linke hat in einem Antrag jetzt die Verlängerung der Sozialbindungen für die Lenzsiedlung im Bestand der SAGA/GWG gefordert. Da noch weitere Bestände im Bezirk betroffen sind, wird das Unternehmen auf Antrag von SPD und GRÜNEN in den Stadtplanungsausschuss eingeladen, um seine Geschäftspolitik und die Möglichkeiten des Erhalts von bezahlbarem Wohnraum zu erläutern.

(Volker Bulla, Fraktionsvorsitzender)

Weitere Infos zur sozialen Erhaltungsverordnung unter: <http://www.hamburg.de/eimsbuettel/erhaltungsverordnungen>



FOTO: PHILIP ENGLER

NEUE MITTE
STELLINGEN

Die Zukunft Stellingens gestalten

Stellingen stehen große Veränderungen bevor. Durch den Bau der Neuen Mitte werden im Herzen des Stadtteils etwa 600 neue Wohnungen entstehen. Das bedeutet mehr Verkehr, Baulärm und eine zusätzliche Verdichtung des ohnehin dicht besiedelten Stellingens.

Andererseits aber eröffnet sich auch die Chance auf ein echtes Stadtzentrum mit besserer Nahversorgung und einer hohen Aufenthaltsqualität. Um diese Chancen wahrzunehmen, müssen wir nun die Weichen richtig stellen. Es muss gewährleistet werden, dass der Stadtteil maßvoll nachverdichtet wird und ausreichend Grünflächen innerhalb des neuen Areals erhalten bleiben. Die bisher vorliegenden Pläne

lassen diese Aspekte erkennen. Es ist erfreulich, dass ausreichend zusammenhängende Grünzüge innerhalb des Baugebietes erhalten und neu geschaffen werden.

Planung mit und für AnwohnerInnen

Auch die Belange der AnwohnerInnen der umliegenden Straßen sind bei den Planungen wichtig. Wir GRÜNE werden besonders das Verkehrskonzept der Neuen Mitte kritisch begleiten. Zentrale Fragen, die es bei der weiteren Planung zu beachten gilt, sind aus GRÜNER Perspektive:

Wo werden die Tiefgaragenzufahrten liegen? Werden durch Carsharing-Plätze innerhalb der Garagen und moderne Fahrradgaragen so-

wie Leihradstationen Anreize gesetzt auf ein eigenes Auto zu verzichten? Werden die öffentlichen Einrichtungen, der Sportverein TSV und Geschäfte Plätze in den Tiefgaragen bekommen um den Parksuchverkehr zu minimieren?

Lebendiges Stadtteilzentrum

Uns GRÜNEN ist es wichtig, ein lebendiges Zentrum für Stellingen zu erreichen. Wir wollen Einrichtungen wie den TSV, das Haus der Jugend, eine Seniorentagesstätte und eine Kita möglichst im neu zu errichtenden Stadtteilhaus am Sportplatzring oder in unmittelbarer Umgebung schaffen. Da Stellingen durch die Kieler Straße regelrecht zerschnitten wird, gibt es bisher kein richtiges Zentrum, keinen Marktplatz, kaum Cafés mit Außenbestuhlung und andere Ange-

bote, die zum Aufenthalt in der Ortsmitte einladen. Hier bietet das neue Gebiet gute Chancen. Doch nur wenn die Neue Mitte Stellingen durch zahlreiche Angebote an die verschiedensten Gruppen und Geschäfte des täglichen Bedarfs lebhaft gestaltet wird, wird dies gelingen. Daher setzen wir Grüne uns für ein starkes und attraktives Stadtteilhaus ein, damit Stellingen ein lebenswerter Stadtteil wird.

Wir möchten erreichen, dass mit der Neuen Mitte Stellingen ein modernes, nachhaltiges und freundliches Stadtzentrum geschaffen wird, dass den MieterInnen verschiedener Einkommenshöhen und den Nachbarn der umliegenden Straßenzüge eine hohe Wohn- und Aufenthaltsqualität bietet. (Falk Schmidt-Tobler, Fachsprecher Stellingen)

A7-Ausbau und Übedeckelung – eine Herausforderung für Stellingen

Dem Eimsbütteler Verkehr und den AnwohnerInnen der von den Bauarbeiten betroffenen Stadtteile stehen schwierige Zeiten bevor. Besonders die StellinglerInnen, die ohnehin unter dem Verkehr der großen Hauptverkehrsstraßen Kieler Straße und Sportplatzring leiden, werden in den nächsten Jahren weitere Belastungen ertragen müssen.

Nach Fertigstellung der Kreuzung Kieler Straße / Sportplatzring hat sich die Verkehrs-

situation für den KFZ-Verkehr hier vorerst wieder etwas entspannt.

Bereits im letzten Jahr haben die Abrissarbeiten der Langenfelder Brücke begonnen. Bis 2016 soll der Brückenteil Richtung Norden fertiggestellt werden und in der 2. Bauphase bis 2018 der zweite Teil Richtung Süden. Die Lärm- und Staubbelastungen für die StellinglerInnen, insbesondere für die AnwohnerInnen des Wohngebiets rund um die Flaßheide, sind enorm. Trotzdem muss man der DEGES, die die Bauarbeiten planen und durchführen, zugutehalten, dass es bisher gelungen ist, den Zeitrahmen einzuhalten

STADTENTWICKLUNG

und die Belastungen für den Stadtteil so gering wie möglich zu gestalten. Wir GRÜNEN werden alle weiteren Schritte des Baus kritisch mitverfolgen und – wo möglich – Lösungen zur Verbesserung der Situation vorantreiben.

Welche neuen Belastungen kommen auf Stellingen zu?

Sobald der Bau des eigentlichen Deckels beginnt, wird sich zwangsläufig der Verkehr auf der Kieler Straße stauen. Zusammen mit den GRÜNEN Altona erarbeiten wir gerade Lösungen dafür, deutlich mehr Verkehr aus Eimsbüttel bereits an der Anschlussstelle Volkspark auf die A7 zu leiten, um so die Kieler Straße zu entlasten. Unser wichtigstes Ziel ist es, Verkehr aus den Wohngebieten herauszuhalten. Die Gebiete beiderseits der Kieler Straße werden schon heute übermäßig belastet. Der Wördemannsweg wird während der Bauarbeiten zusätzlich stark von Bauverkehr genutzt werden müssen, daher ist eine Verlagerung des Personenverkehrs in die Gebiete westlich und östlich der Kieler Straße für uns keine Lösung!

Wir GRÜNEN möchten gemeinsam mit Ihnen Probleme konkret benennen und Lösungen erarbeiten. Kommen Sie in den Regionalausschuss, kontaktieren Sie Ihre Wahlkreis Kandidaten oder besuchen Sie unseren Ständen auf den sommerlichen Stadtteilfesten und diskutieren Sie mit uns!

(Falk Schmidt-Tobler, Fachsprecher Stellingen)

Allgemeine Infoseite:

<http://www.hamburg.de/a7-deckel>

Das Infomobil der DEGES auf allen Festen

<http://www.hamburg.de/a7-deckel/infomobil>

DEGES Sprechstunde: Bürgersprechstunde der DEGES, die in den ungeraden Kalenderwochen immer mittwochs in der Lederstraße 72 von 17 bis 18 Uhr (bei Bedarf auch länger)



Alltägliches Bild auf der A7

FOTO: PHILIP ENGLER

RÜCKSCHAU AUF DEN MONAT DES GEDENKENS

Grüner Schwerpunkt: Zur Geschichte der Sinti und Roma

Der Monat des Gedenkens Eimsbüttel fand in diesem Jahr zum zweiten Mal mit etwa 60 Theateraufführungen, Filmen, Ausstellungen, Rundgängen, Lesungen und Diskussionen quer durch alle Stadtteile im Bezirk statt.

Zwei dieser Veranstaltungen organisierten die GRÜNEN Eimsbüttel, am 27. April die Podiumsdiskussion: „Verfolgung der Sinti und Roma während der NS-Zeit und deren Situation heute“.

Cornelia Kerth, Bundesvorsitzende des VVN, stellte die weithin unbekanntere Geschichte der Zuwanderung der Roma und Sinti nach Europa in historischen Überblick dar. Die Roma wurden im 14. Jahrhundert vorwiegend in Südosteuropa sesshaft, die Sinti mehrheitlich in Westeuropa. Sie bekamen zwar so genannte Schutzbriefe, wurden aber schon bald als Spione aus dem türkischen Herrschaftsbereich angesehen und für „vogelfrei“ erklärt. Sie hatten keine Rechte, versteckten sich in Wäldern und wurden zu dem „fahrenden Volk“, als das sie noch heute angesehen werden. Durch die systematische Erfassung der Roma und Sinti in der „Landfahrerdater“ in den 20er Jahren in Hamburg wurde der Genozid bürokratisch vorbereitet. Am 16. Mai 1940 wurden 1.000 Sinti vom hannoverschen Bahnhof hier in Hamburg nach Belzec/Polen deportiert. Von den 25.000 zwangsdeportierten Sinti aus Norddeutschland kamen nur 5.000 zurück in ihre Heimat.

Die deutsche Nachkriegspolitik hat den Genozid nicht wahrgenommen. Erst Helmut Schmidt erkannte 1982 dieses Verbrechen als Völkermord an. Heute sind die Roma ein staatenloses Volk. Für die Sinti gibt es keine gleichberechtigte Teilhabe, tradierte Vorurteile sind weiter wirksam. Was können wir tun? In der lebhaften Diskussion ging es um den Abbau von Vorurteilen, um den Wunsch nach mehr Wissen über die Kultur dieser größten Minderheit in Europa, aber auch um Einfühlung, Respekt und Gleichberechtigung.

Die Veranstaltung „Wir wollen mehr wissen, wir wissen noch nicht genug: Vergangenheit und Gegenwart von jüdischen MitbürgerInnen und Sinti und Roma in Hamburg“ fand in Hoheluft-West statt. Zwei Zeitzeuginnen der 2. Generation beantworteten die Fragen der 40 TeilnehmerInnen.

Norma van der Walde (Jahrgang 1942), Tochter eines jüdischen Widerstandskämpfers aus Hamburg, berichtete vom Überleben ihres Vaters, der 1936 verhaftet wurde. Inge Weiß, Mitbegründerin der Beratungsstelle für die Sinti und Roma in Wilhelmsburg, sprach über die Auswirkungen des Völkermords an ihren VorfahrInnen. In der Diskussion war die Betroffenheit der ZuhörerInnen zu spüren. Vielen wurde klar, dass wir alle mit althergebrachten Vorurteilen aufgewachsen sind und oft zu wenig wissen wollen.

Zum Ausklang gab es ein koscheres Büffet und anregende Gespräche.

(Karin Püschel, GRÜNE Fraktion Eimsbüttel)

Osterstraße – Shared Space ist nicht gescheitert!

Mit dem Amtsantritt von Olaf Scholz war vor vier Jahren auch das Shared Space-Projekt in der Osterstraße begraben, für das sich GRÜNE auf Bezirksebene mit halbherziger Rückendeckung der schwarz-grünen Koalition eingesetzt hatten. Zugegeben: Auch die Begeisterung im Stadtteil hielt sich in Grenzen. Aber auch wenn der SPD-Bürgermeister die Idee für tot erklärte – vier Jahre später ist eine Variante des Projekts kurz vor der baulichen Umsetzung.

Alles begann 2011 mit dem Eimsbütteler Fahrradrouthenkonzept, in dem über die Osterstraße drei Dinge festgestellt wurden:

Erstens fahren hier extrem viele Menschen mit dem Fahrrad durch, zweitens gibt es hier übermäßig viele Fahrradunfälle und drittens sollte die Straße deshalb die wichtigste Eimsbütteler Fahrradroute werden und der Radverkehr sicher auf der Fahrbahn statt auf den viel zu engen Radwegen auf dem Bürgersteig verlaufen.

Im nächsten Schritt griff der Bezirksamtsleiter diese Fahrradroute auf und besorgte beim Senat das Geld für einen umfassenden Umbau der Osterstraße. Schließlich ist sie nicht nur eine Radverkehrsverbindung, sondern auch ein wichtiges Zentrum des Bezirks, wo der Aufenthalt im Straßenraum einem Spießbrutenlauf gleicht.

Dann zeigten Politik und Verwaltung, dass sie aus den gescheiterten Umgestaltungsprozessen für die Osterstraße – schon vor Shared Space war eine Revitalisierung gescheitert



FOTO: FLICKR/URBAN EXPLORER

Menschen kommen in den Mittelpunkt!

– gelernt hatten. Zahlreiche Bürgerbeteiligungsverfahren sammelten Wünsche für die Osterstraße, Fakten über das Verkehrsaufkommen und Bedenken bei AnwohnerInnen und Gewerbetreibenden. Derart eingebunden entfalteten diese diesmal keinen Widerstand. Herausgekommen ist viel mehr als schlichte Fahrradstreifen auf der Fahrbahn. Abgesenkte Verkehrsinseln, Kreisverkehre und viel weniger Blockaden durch parkende Autos bewirken Shared-Space-Feeling. Das Ziel, vorrangig den KFZ-Verkehr schnell durch die Straße zu leiten und auch noch großflächig abstellen zu können, ist vor dem Aufenthalt auf der Straße, samt spontaner Querung, Fahrradabstellung oder Verkehrsmittelwechsel zurückgewichen.

VerkehrsteilnehmerInnen müssen zukünftig mehr aufeinander achten, statt (parkender) Autos stehen die Menschen im Mittelpunkt, die sich auf verschiedene Arten bewegen. Und das ist der Kerngedanke von Shared Space.

(Fabian Klabunde, GRÜNE Fraktion Eimsbüttel)

Aktuelle Anträge Mai 2015



Stärkung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA)

Gemeinsamer Antrag von GRÜNEN und SPD in der Bezirksversammlung

Sachverhalt: Die Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) leistet mit ihren vielfältigen und niedrigschwelligen Angeboten einen wichtigen Beitrag zur individuellen und sozialen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Der eigenständige Charakter der OKJA und die besonderen Chancen außerschulischer Bildung dürfen nicht zur Disposition gestellt werden.

Petition: Die Vorsitzende der Bezirksversammlung wird gebeten,

1. den Senat aufzufordern, von weiteren Einsparungen in den Rahmenezuweisungen für die Offene Kinder- und Jugendarbeit abzusehen,
2. der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration eine Prüfung / Evaluation der Wirksamkeit der eingesetzten SHA-Mittel in den Bezirken nahezugeben.

Mögliche Erweiterung der Flüchtlingsunterkunft Hagendeel: Ist eine Berücksichtigung der Überschwemmungssituation durch Stelzenbauweise möglich?

GRÜNER Antrag in der Bezirksversammlung

Sachverhalt: Die bislang nicht baulich genutzte Fläche am Hagendeel stellt in Überschwemmungssituationen derzeit eine Entlastung für das umliegende Gebiet dar. Teile der Fläche, auf der die Flüchtlingsunterkunft entstehen soll, sowie anliegende Flächen sollen deshalb eine Ausweisung als Überschwemmungsgebiet erhalten. Die für den Bau der Flüchtlingsunterbringung geplante Aufschüttung würde dauerhafte Verhältnisse schaffen. Bei der Planung der Ausweisung als Überschwemmungsgebiet wurden betroffene AnwohnerInnen durch die BSU auf die Möglichkeit von Stelzenbauten hingewiesen. Hinsichtlich einer möglichen Erweiterung der geplanten Flüchtlingsunterkunft Hagendeel wurde von AnliegerInnen

im Regionalausschuss die Frage vorgetragen, ob eine Stelzenbauweise möglich sei.

Petition: Die Vorsitzende der Bezirksversammlung wird gebeten, zur nächstmöglichen Sitzung des Regionalausschusses Lokstedt Vertreter der antragstellenden Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) in den Regionalausschuss einzuladen, um Auskunft darüber zu geben

1. Inwieweit eine solche Bauweise für die mögliche Erweiterung technisch möglich ist.
2. Welche Kosten dabei entstehen.
3. Wie die Auswirkungen auf die Lebens-, Wohn- und Aufenthaltsqualität für die in dieser Erweiterungsfläche lebenden Menschen voraussichtlich sein werden.

Bürgerinformation zur Erweiterung des Standortes Hagendeel für die öffentliche Unterbringung

Gemeinsamer Antrag von GRÜNEN und SPD im Regionalausschuss Lokstedt

Sachverhalt: Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) hat angekündigt, dass aufgrund der aktuellen Prognosezahlen im Jahr 2015 hamburgweit weitere ca. 4.700 Plätze für öffentliche Unterbringung kurzfristig zur Verfügung gestellt werden müssen. Sie hat daher die Möglichkeiten der Aufstockung von Kapazitäten an bestehenden oder in Kürze zu errichtenden Standorten geprüft und wird in allen Bezirken an Standorten Aufsto-

ckungen vornehmen. Im Bezirk Eimsbüttel ist am Standort Hagendeel eine Erweiterung der bereits geplanten Kapazitäten beabsichtigt.

Petition: Die Bezirksverwaltung wird gebeten, in Kooperation mit der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) eine zeitnahe Informationsveranstaltung zu den beabsichtigten Erweiterungsplänen vor Ort durchzuführen.



FOTO: FOTOLIA/JUNIART

Potenzial für Ökomärkte im Bezirk Eimsbüttel prüfen

Gemeinsamer Antrag von GRÜNEN und SPD in der Bezirksversammlung

Sachverhalt: Die Nachfrage nach regional und biologisch erzeugten Lebensmitteln wächst seit Jahren stetig. Es gibt aber Marktstandorte im Bezirk, an denen bisher keine Öko(teil)märkte vorhanden sind. Dabei besteht an den meisten Orten eine entsprechende Nachfrage.

Petition: Der Bezirksamtsleiter wird gebeten, in der Juni-Sitzung des Ausschusses für Grün, Umwelt, Wirtschaft und Verbraucherschutz (GUWV) einen Überblick über die Situation der Wochenmärkte und eine Einschätzung zum jeweiligen Potenzial von Öko(teil)märkten im Bezirk Eimsbüttel zu geben.

(Gekürzte Fassungen. Die vollständigen Antragstexte finden Sie auf unserer Homepage: gruene-eimsbuettel.de)



FOTO: FOTOLIA/KARA

Mehr Grün
für Eimsbüttel

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
EIMSBÜTTEL

